

Bildung, Jugend

Bundesweite Bildungs-Aktionswoche vom 15.-19. Juni: Soziale Unruhe an Schulen und Unis

Von Philipp Xanthos | 1. Juni 2009

Mit der aufkommenden Widerstandsbewegung unter Jugendlichen und Studierenden in der BRD tut sich für die Herrschenden ein neuer Frontabschnitt auf.

Mit der aufkommenden Widerstandsbewegung unter Jugendlichen und Studierenden in der BRD tut sich für die Herrschenden ein neuer Frontabschnitt auf.

Ein kleiner Rückblick: Am 12. November 2008 gingen etwa 100 000 SchülerInnen auf die Straße. Naturgemäß waren die jungen DemonstrantInnen besonders mutig, ausgelassen, fantasievoll und kämpferisch – und naturgemäß sind gerade diese Charakteristika im Auge der herrschenden Klasse ein unerklärliches und undurchschaubares Chaos.

SchülerInnenproteste

Da die Jugendlichen meist minderjährig sind und besorgte Eltern haben, können sie nicht beliebig von der Polizei verprügelt werden (was selbstverständlich dennoch vorkommt) und Tausende von den Schulen zu werfen, ist auch nicht möglich. Es gibt auch keine gemäßigten Partei- oder GewerkschaftsvertreterInnen, die die ProtestlerInnen mit beschwichtigenden Worten reintegrieren könnten, denn solchen würden die SchülerInnen schon instinktiv überhaupt nicht zuhören.

Um die Proteste vom 12. November 2008 zu verleumden, wurden zwei ideologische Strategien gefahren. Zum einen seien es linksradikale Sekten gewesen, die die Bewegung manipulierten; zum anderen wurden die Proteste als gewalttätig und antisemitisch diffamiert, da in der Humboldt-Uni unbeabsichtigt eine Ausstellung über jüdische Unternehmer im Dritten Reich beschädigt wurde. Die Plumpheit dieser Argumentation zeigt im Grunde nur, dass die Herrschenden eine Ausweitung der Proteste fürchten – in einem Bevölkerungssektor, der bislang als leicht beherrschbar galt. Die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf 12 Jahre – bei gleich großem Wust an einzuhämmernden Formeln, Gleichungen, Vokabeln und Schemata – hat zu einem deutlich erhöhten Leistungs- und damit Leidensdruck geführt.

Bildungsstreik

Dass die Proteste eine Kontinuität haben, zeigt die seit Monaten dauernde Vorbereitung des zweiten bundesweiten Bildungsstreiks vom 15.-19. Juni 2009. Zur Aktionswoche ruft ein mehr als breites Bündnis auf, in dem neben RevolutionärInnen (Revo, SAV, FAU) und Der Linken auch bürgerliche Parteiorganisationen (Jusos, Grüne Jugend) und Gewerkschaften (GEW, DGB-Jugend) vertreten sind. Ob an Schulen oder Hochschulen: Eine klare Klassenlinie zu ziehen ist schwierig, weil die SchülerInnen und Studierenden unterschiedliche Klassenzugehörigkeit

haben. Es wird also nie möglich sein, alle mit in die Kämpfe einzubinden und mancherorts womöglich nicht einmal die Mehrheit. Zudem gehen die Bildungsproteste, die von Studierenden und GymnasialschülerInnen organisiert werden, an den Auszubildenden weitgehend vorbei. Die gemeinsamen Interessen als zukünftige wissenschaftliche, technische oder industrielle LohnarbeiterInnen müssen noch artikuliert und vermittelt werden. Und: Was erwarte ich als SchülerIn von der LehrerInnen-Gewerkschaft?

Studierendenproteste

Bei den Studierenden brodeln es immer. Am 13. Mai dieses Jahres gingen über 16 000 Studierende in Bayern gegen Studiengebühren auf die Straße. Kleinere Demonstrationen und Aktionen in verschiedenen Universitätsstädten der BRD finden ständig statt. Anlass sind dabei nicht nur die Gebühren, sondern vor allem der soziale Abstieg, der mit der Bologna-Umgestaltung der Hochschulen einhergeht. Ein Bachelor„studium“ ist eine vorgefertigte dreijährige theoretische Ausbildung für einen Leitungsberuf, dazu noch zweitklassig gegenüber den Abschlüssen der verknappten Master-Studiengänge. Weit entfernt also vom universellen bürgerlichen Bildungsideal eines Humboldt, das zweihundert Jahre zumindest für den intellektuellen Stand galt, ist die kapitalistische Arbeitsteilung und Lebensverwertung nun an einem weiteren qualitativen Sprung angelangt, bei dem große Teile der Intelligenz schlicht verproletarisieren. Davor haben die StudentInnen Angst. Doch jede soziale Gruppe, die beginnt, sich zu wehren, ist zunächst auf ihre Eigeninteressen bedacht, daran ist nichts Verwerfliches. Ebenso ist es bei streikenden LokführerInnen und demonstrierenden ÄrztInnen, die wir ungeachtet ihrer partiellen Interessen unterstützen. Auch die zur Jahreswende 1918/19 meuternden Matrosen verurteilen wir nicht, weil sie egoistischerweise „nur“ ihr Leben retten wollten, nicht aber von vorn herein eine andere Gesellschaft anstrebten. Gerade Studierende gehörten bei allen Revolutionen und Aufständen zur Avantgarde. Im europäischen Vergleich ist das Kampfniveau an Deutschlands Hochschulen allerdings niedrig.

Hochschulbesetzungen in Europa

Im Nachbarland Frankreich waren die Hälfte aller Universitäten in den letzten Monaten besetzt und nach Wochen oder Monaten von der Staatsmacht brutal geräumt worden; Hunderte wurden verhaftet. Studierende kämpften vereint mit Dozierenden. In Großbritannien wurden im Januar sechzehn Hochschulen besetzt aus Protest gegen den Gaza-Krieg. Die Universität von Barcelona war drei Monate lang besetzt, Zagreb noch immer, von Griechenland ganz zu schweigen...

Protest in der Krise

Die Herrschenden haben Schwierigkeiten ihre „Legitimität“ zu vermitteln. Je länger sie ihre Krise nicht lösen können, desto weniger lässt sich Protestpotenzial binden. Gleichzeitig kommt es nun besonders darauf an, reaktionäre Ideologie, also Standortnationalismus („Deutschland“ - d. h. das Kapital - „braucht gut ausgebildete Fachkräfte!“ d. h. entfremdete SpezialistInnen) sowie Standesdünkel („Rettet die humanistische Bildung!“ d. h. uns humanistische BildungsbürgerInnen) zu durchkreuzen.

Dieser Beitrag wurde publiziert am Montag den 1. Juni 2009

in der Kategorie: **Bildung, Jugend, RSB4.**